

Kleine Anfrage

des Abg. Felix Schreiner CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

**Verfassungsschutzbericht 2012 – Verfassungsfeinde im
Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden
und Schwörstadt**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche extremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten hat sie im Rahmen des Verfassungsschutzberichts 2012 im Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt festgestellt?
2. Wie untergliedern sich diese extremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten nach ihrer Kenntnis im Landkreis Waldshut?
3. Liegen ihr Informationen über konkrete Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt vor?
4. Welche Arten des politischen Extremismus stellen sich im Landkreis Waldshut dar und stellt sie ein vermehrtes Aufkommen von Rechts- bzw. Linksextremismus fest?
5. Finden sich im Landkreis Waldshut auch Hinweise auf islamistische Aktivitäten?
6. Gab es öffentliche Kundgebungen oder Veranstaltungen von extremistischen und verfassungsfeindlichen Gruppierungen im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut und falls ja, wie sind diese Gruppierungen hinsichtlich Personenzahl, Organisationsform und Vereinigungszweck einzuordnen?

7. Was unternimmt sie vor Ort und in Absprache mit dem Landkreis hinsichtlich der Extremismusprävention?

29.10.2013

Schreiner CDU

Begründung

Nach Vorlage des Verfassungsschutzberichts 2012 sind weiterhin landesweite starke Aktivitäten des politischen und eine starke Zunahme des islamistischen Extremismus festzustellen. Daher ist eine Auskunft des Ministeriums hinsichtlich der extremistischen Aktivitäten im Landkreis Waldshut von Interesse.

Antwort

Mit Schreiben vom 25. November 2013 Nr. 4-1086/159 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Welche extremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten hat sie im Rahmen des Verfassungsschutzberichts 2012 im Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt festgestellt?*
- 2. Wie untergliedern sich diese extremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten nach ihrer Kenntnis im Landkreis Waldshut?*

Zu 1. und 2.:

Dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) liegen nur wenige Erkenntnisse zu extremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt vor.

Im Jahr 2012 konnte bezogen auf die rechtsextremistische Szene weder die Durchführung von Musikveranstaltungen noch von Demonstrationen festgestellt werden. Das letzte rechtsextremistische Konzert im Landkreis Waldshut fand im März 2005 in Görwihl-Tiefenstein mit rund 300 Teilnehmern statt.

Im März 2012 wurde eine Plakataktion mit eindeutigem Bezug zu der Kampagne „Die Unsterblichen“ in Bad Säckingen im Landkreis Waldshut durchgeführt. Auf den Plakaten waren fünf mit weißen Masken und Handschuhen sowie schwarzer Kleidung verummte und anonymisierte Personen vor einem Hochhaus abgebildet. Zudem waren darauf die Schriftzüge „DEIN KURZES LEBEN MACH UNSTERBLICH.“ sowie „DAMIT DIE NACHWELT NICHT VERGISST, DASS DU DEUTSCHER GEWESEN BIST ...“ zu lesen. Hinter der seit dem Jahr 2011 laufenden bundesweiten Kampagne „Die Unsterblichen“ verbirgt sich keine konkrete rechtsextremistische Organisation, sondern eine relativ neue Agitations- und Aktionsform innerhalb der Szene. Markenzeichen der Kampagne sind das scheinbar spontane Auftreten der Aktionsteilnehmer sowie die Vermummung und Anonymisierung mit weißen Masken, Handschuhen und einheitlicher schwarzer Kleidung.

3. Liegen ihr Informationen über konkrete Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt vor?

Zu 3.:

Im polizeilichen Sinne werden der extremistischen Kriminalität Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, also darauf, Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen.

Danach wurden im Jahr 2012 im gesamten Landkreis Waldshut 16 extremistische Straftaten begangen. Sämtliche Fälle sind ausschließlich der Politisch motivierten Kriminalität – Rechts (PMK – Rechts) zuzurechnen. In 14 Fällen handelte es sich um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86 a des Strafgesetzbuchs (StGB) und in jeweils einem Fall um Volksverhetzung nach § 130 StGB sowie gefährliche Körperverletzung nach § 224 StGB.

In Rheinfelden (Landkreis Lörrach) wurden fünf extremistische Straftaten der PMK – Rechts festgestellt. Hierbei handelte es sich in vier Fällen um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach § 86 a StGB und in einem Fall um Volksverhetzung nach § 130 StGB.

In Schwörstadt (Landkreis Lörrach) wurden im Jahr 2012 weder extremistische Straftaten noch anderweitige politisch motivierte Straftaten polizeilich bekannt.

4. Welche Arten des politischen Extremismus stellen sich im Landkreis Waldshut dar und stellt sie ein vermehrtes Aufkommen von Rechts- bzw. Linksextremismus fest?

Zu 4.:

Der Landkreis Waldshut ist kein Schwerpunkt des politischen Extremismus in Baden-Württemberg. Es konnte vom LfV kein vermehrtes Aufkommen von Rechts- bzw. Linksextremismus festgestellt werden.

Die Zahl der dort ansässigen gewaltorientierten Rechtsextremisten (Neonazis und Skinheads) bewegt sich im unteren zweistelligen Bereich. Rechtsextremistische Musikbands gibt es in der Region nicht. Der rechtsextremistische Vertrieb „Nordstern-Versand“ war im Jahr 2012 noch in Bad Säckingen ansässig. Laut Impressum auf der Homepage des Internetversandhandels wurde dessen Sitz mittlerweile jedoch nach Niedersachsen verlegt.

Im Landkreis Waldshut wohnen entsprechend der statistischen Verteilung einzelne Anhänger von Organisationen aus dem Bereich des Ausländerextremismus, die vom LfV beobachtet werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Anhänger der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF). Besondere extremistische Aktivitäten sind dort aber nicht festzustellen.

Aus polizeilicher Sicht spiegeln sich die Arten des politischen Extremismus insbesondere in den polizeilich registrierten extremistischen Straftaten wider. Für den Landkreis Waldshut ergeben sich in der Fünf-Jahres-Betrachtung folgende Feststellungen:

Phänomenbereich	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtstraftaten PMK	19	24	10	10	17
davon Gewaltdelikte	0	0	0	0	1
davon extremistisch	16	21	9	10	16
PMK Ausländer	1	2	0	0	0
davon Gewaltdelikte	0	0	0	0	0
davon extremistisch	1	1	0	0	0
PMK Rechts	14	19	9	10	16
davon Gewaltdelikte	0	0	0	0	1
davon extremistisch	14	19	8	10	16
PMK Links	1	2	0	0	0
davon Gewaltdelikte	0	0	0	0	0
davon extremistisch	1	1	0	0	0
Nicht zuzuordnen	3	1	1	0	1
davon Gewaltdelikte	0	0	0	0	0
davon extremistisch	0	0	1	0	0

5. Finden sich im Landkreis Waldshut auch Hinweise auf islamistische Aktivitäten?

Zu 5.:

Im Bereich des islamistischen Extremismus sind dem LfV Aktivitäten der türkischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) in Lauchringen bekannt. In der türkischen Tageszeitung „Milli Gazete“, dem Sprachrohr der IGMG, finden sich immer wieder Veröffentlichungen zu Aktivitäten des in Lauchringen ansässigen Ortsvereins „Muslim-Gemeinde“, der der IGMG zuzurechnen ist. Danach finden regelmäßig vereinsinterne Veranstaltungen statt.

6. Gab es öffentliche Kundgebungen oder Veranstaltungen von extremistischen und verfassungsfeindlichen Gruppierungen im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut und falls ja, wie sind diese Gruppierungen hinsichtlich Personenzahl, Organisationsform und Vereinigungszweck einzuordnen?

Zu 6.:

Weder dem LfV noch der Polizei Baden-Württemberg liegen konkrete Informationen zu öffentlichen Kundgebungen oder Veranstaltungen von extremistischen und verfassungsfeindlichen Gruppierungen im Jahr 2012 im Landkreis Waldshut vor. Einem Presseartikel zufolge fand im November 2012 in Laufenburg-Rhina zum Volkstrauertag eine Kranzniederlegung statt.

Ergänzend wird auf die Ausführungen zu Ziffer 5 verwiesen.

7. Was unternimmt sie vor Ort und in Absprache mit dem Landkreis hinsichtlich der Extremismusprävention?

Zu 7.:

Die Aufklärungsarbeit des LfV im Bereich Rechtsextremismus wurde nach der Aufdeckung der Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) intensiviert. Sie richtet sich an staatliche Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Akteure sowie an Bürgerinnen und Bürger. Für Informationsveranstaltungen in den verschiedenen Extremismusbereichen stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV zur Verfügung.

Das LfV ist seit dem Jahr 2006 Kooperationspartner des Projekts „Team meX – Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, einem gemeinsamen Projekt, das von der Landeszentrale für politische Bildung geleitet wird. Ziel des Projekts ist der verbesserte Schutz junger Menschen vor extremistischen Gefahren durch frühzeitige Aufklärung über die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte in unserer Verfassung.

Des Weiteren wirken das LfV und das Landeskriminalamt (LKA) im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ (LAGO) mit, das sich präventiv und intervenierend gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Bestrebungen wendet. Es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Netzwerkpartnern statt, die sich zum Großteil aus lokalen Bündnissen und Organisationen zusammensetzen.

Die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex) des LKA führte im März 2010 sowie im Mai 2012 Konzeptionseinsätze im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen durch, bei denen insgesamt 34 Personen aus der rechtsextremistischen Szene angesprochen und über die Gefahren des Rechtsextremismus sowie die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Hilfsangebots der BIG Rex informiert wurden. Darüber hinaus wurde das Präventionskonzept „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ vorgestellt. Von den angesprochenen Personen wurde keine als Aussteiger in das Programm der BIG Rex aufgenommen.

Der Ansprechpartner für Moscheevereine der Kriminalpolizei Waldshut-Tiengen pflegt regelmäßige Kontakte in Form von persönlichen Gesprächen mit den Vorsitzenden der vor Ort befindlichen Moscheen. Das gegenseitige Kennenlernen ist die Grundvoraussetzung für beiderseitiges Verständnis, Toleranz und ein friedliches Miteinander. Ziel ist auch, das Bild einer bürgernahen Polizei zu vermitteln und die Zusammenarbeit mit Migranten in Feldern der polizeilichen Prävention zu fördern.

Gall

Innenminister